

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.
 Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neblam 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Verretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: R. Mosse, Baerstein & Bogler, G. L. Danne,
 Invalidentank. Berlin: Bernh. Krab, Max Gerstmann,
 Gierfeld, B. Thienel, Halle a. S. J. L. Bard & Co.
 Hamburg: William Witten. In Berlin, Hamburg und Frank-
 furt a. M. Geim. Fischer. Kopenaggen: Aug. J. Wolff & Co.

Die Vorgänge in Frankreich.

Der französische Kriegsminister Freycinet hat, wie aus den nunmehr vorliegenden Zeitungsberichten der Pariser Blätter über die Interpellation des Abgeordneten Paschal Groussier hervorgeht, in seiner Erwiderung eine weder die Anhänger der Revision noch deren Widersacher befriedigende Sprache geführt. Paschal Groussier hatte an den Minister die Frage gerichtet, ob er gestatten wolle, daß der Mittelpunkt des Widerstandes gegen das Gesetz vom Kriegsministerium in die Hände des Parlamentes übergeben werde, wo der Militärgouverneur befiehlt, verlegt werde, und ob das Ministerium mit der Republik oder mit den Jesuiten regieren wolle. Herr de Freycinet antwortete in seiner Antwort diese Fragen, und darüber werden ihm von den Blättern der entgegengesetzten Richtungen Vorwürfe gemacht. Er begnügt sich damit, dem Interpellanten sein Verhalten, wodurch nichts gut gemacht werde, zu verweisen und die Verantwortung für Instruktionen, die vom Kriegsministerium ausgegangen wären, abzulehnen. Er versprach darüber zu wachen, daß nichts Ähnliches mehr vorkommen könne, kann aber nicht dulden, daß die Fehler einzelner der Allgemeinheit, heute der Kriegsverwaltung, dem Generalstab und morgen vielleicht dem ganzen Heer zur Last gelegt werden. Solche Anschuldigungen, jagte der Minister, sind ebenso ungerecht, als unklar. Das Heer und seine Hauptorgane sind gut und leisten die Dienste, die man von ihnen erwarten darf. Hier wurde er von Paul de Cassagnac und dem Antisemitischen Laïques, der des Vormittags mit Millevoye und Delaunoy vor dem Militärgesamtsitz gegen Biquart manifestiert hatte, unterbrochen. Beide tabelten die Laubbild des Ministers, der den Heersparten umsonst begreiflich zu machen suchte, es könne dem Ansehen des französischen Heeres im Ausland nichts nützen, wenn seine Verdienste auf diese Weise erörtert werden. Von dem Widerstand, den der Militärgouverneur und seine Umgebung dem Gesetze leisten, wollte der Kriegsminister nichts wissen. Er betonte das Vertrauen, das er ihnen schenke, und das Ende der Interpellation war, daß die Kammer, wie gemeldet, mit 468 gegen 78 Stimmen über die von Paschal Groussier beantragte Tagesordnung hinwegging und die einfache Tagesordnung genehmigte.

Gestern vernahm der Kassationshof noch General Boisdeffre und hatte ebenfalls General Gonse und Hauptmann Coignet vorgeladen. Paschal Groussier erklärte in einer Zuschrift an den „Temps“, es bestehe gegenwärtig keinerlei Bedenken mehr, daß Ministerpräsident Dupuy vor dem Kassationshof über einen gewissen diplomatischen Zwischenfall des Jahres 1894 aussage, welcher in Folge Einvernehmens der interessierten Mächte dadurch geregelt worden sei, daß ein den Schlüssel zur Dreifachaffäre bildendes apokryphes Schriftstück offiziell aus dem Dossier entfernt worden sei.

Das Amsterdamer „Handelsblad“ veröffentlicht eine Zuschrift Osterhags, in welcher dieser anfruchtbar, er beabsichtige nach Newyork und dann nach Havanna zu gehen; er wolle jedoch noch in Amsterdam die Antwort des Pariser Kassationshofes auf seine Bitte um Vernehmung abwarten. Sobald er die Antwort erhalten habe, werde er vielleicht nach Paris abreisen.

Die Erklärung Freycinets an den Monarchisten Berni, nur der Militärgouverneur habe über die Freilassung Biquarts zu befinden, wird eine sozialistische Interpellation herbeiführen.

Aus dem Reich.

Der Kaiser lehnte die Einladung zur Enthüllung des Kaiser-Denkmal in Krefeld ab. Der Kaiser lehnte jedoch Krefeld einen späteren Besuch in Aussicht. — Der Großherzog von Baden besuchte gestern das Rathaus in München und empfing eine größere Anzahl von Personen in Audienz, u. A. auch den Staatsminister Freiherrn von Graßheim. Um 1 Uhr fand bei dem Prinzen Ludwig ein Feuerwerk statt, an welchem außer dem Großherzog der Prinzregent und alle übrigen Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses teilnahmen. Nachmittags 3 Uhr fand in der Residenz Hofball, Abends ein größeres Fest bei dem badienischen Gesandten, Freiherrn v. Bodmann, statt. Der Großherzog sprach sich in warmen Worten über den ihm vom Prinzregenten zu Teil gewordenen überaus herzlichen Empfang aus. Um 12 Uhr Nachts fuhr der Großherzog mit dem fahplanmäßigen Zuge über Augsburg nach Stuttgart, wo er Donnerstag früh eintrifft und dem König von Württemberg einen Beileidsbesuch abstattet. — Wie aus Potsdam berichtet wird, traf daselbst gestern unter Führung des Oberstleutnants und etatsmäßigen Stabschiffers des Kaiserregiments eine Abordnung des Offizierskorps des Königin Elisabeth-Garde-Grenadier-Regiments ein, um einen Kranz in der Friedenskirche am Sarge des vornehmsten eines vieljährigen kriegsgelassenen ersten Regimentschefs, der Königin Elisabeth von Preußen, niederzulegen. Am 18. Oktober 1861, dem Tage der feierlichen Krönung in Königsberg, wurde der Königin-Wittve das damals neu errichtete, in Dresden garnisonierende Regiment verliehen, dessen Erfolg dieselbe über zwölf Jahre hindurch mit der warmsten Anteilnahme begleitete. Bekanntlich ist dem Regiment in dem verfloßenen Jahre in der Person der Kronprinzessin von Griechenland ein neuer Chef verliehen worden, ohne daß indessen eine Aenderung des Namens und der Abzeichen des Regiments eingetreten ist. — An Stelle des verstorbenen Wirklichen Geheimen Oberfinanzrats und Provinzial-Steuereinspektors von Pommer-Eiche ist der vortragende Rath im Finanzministerium, **Geheim Finanzrat Eise**, und an Stelle des ausgeschiedenen Ministerialdirektors, Wirklichen Geheimen Oberregierungsrats Dr. Mide der vortragende Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, **Geheim Ober-Regierungsrat Gerlach**, zum Mitglied des Disziplinardienstes für die nicht richterlichen Beamten ernannt worden. — Der preussische Gesandte in Odenburg, **Legationsrath Dr. von Bülow**, überreichte gestern dem Großherzog sein Abschiedsschreiben. — Als Zeichen der Trauer und Freundschaft wird der Zentralvorstand der national-liberalen Partei einen Kranz am Sarge des dahingegangenen Mitkämpfers **Professors**

Dr. Paul Sinjcius niederlegen. — Die höchsten Besuchsziffern seit ihrem Bestehen hat die **Berliner Universität** in diesem Winterhalbjahr aufzuweisen: Die Zahl der immatrikulierten Studenten beträgt 6151, gegen 5606 im vorigen Winter und 4648 im vergangenen Sommer. Neu eingeschrieben wurden in diesem Semester 2766. — Bekanntlich werden die **Mannschaften der deutschen Armee** vom 1. Januar ab auch **warm Abendbrod** erhalten, ein vermehrter Fleischkonsum ist die natürliche Folge. So wird an die Garnison- und Lazarettküchen der Berliner Garnison allein Schweinefleisch (und auch Würstchen) für die ersten sechs Monate des nächsten Jahres im Werthe von ca. 400 000 Mark geliefert werden, und zwar, wie die „Zentral-Zeitung“ berichtet, vom Viehhof aus direkt durch eine Engros-Firma. — Die Stadtverordneten zu Weisenfels beschloßen die Aushebung der **Stadt Weisenfels** aus dem Landkreis zum 1. April 1899. — Da auf die Petitionen der oberflächlichen Städte um Erleichterung der Vieheinfuhr noch immer keine Antwort erteilt worden ist, beginnen jetzt die unter der **Fleischverbesserung** leidenden oberflächlichen Vergaberbeiter sich zu regen. Eine vom Faber Ortsverband der deutschen Gewerbevereine nach Jäzre einberufene, stark besuchte Versammlung der deutschen Vergaberbeiter hat eine Resolution angenommen, worin sie erklärt, daß die theuren Fleischpreise es einem großen Theile der Arbeiter unmöglich machen, sich ausreichend und gesund zu ernähren, und daß sie in der künftigen Zurückhaltung der Vieheinfuhr eine schwere Schädigung der Arbeiterbevölkerung erblickt. Aus diesem Grunde richtet die Versammlung an die Regierung das dringende Ersuchen, die Vieheinfuhrverbote aufzuheben.

Deutschland.

Berlin, 15. Dezember. Der Senatoren-Konvent des Reichstags trat gestern nach Schluß der Plenarsitzung zusammen und beschloß, daß heute, Donnerstag, die Weihnachtsferien beginnen und sich bis zum 10. Januar erstrecken sollen. Im neuen Jahre wird als erster Gegenstand die Militärvorlage auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Kommissionen werden nach dem Staatsverhältnis der Parteien bezeugt werden nach denselben Grundsätzen, die früher maßgebend waren. Für die ständigen Kommissionen sollen die Vorsitzenden der vorigen Tagung, soweit sie wiedergewählt sind, beibehalten werden.

Der Kolonialetat ist erst gestern im Reichstag ausgegeben worden. Der Etat für Ostafrika ist festgelegt auf 8 495 500 Mark, für Kamerun auf 1 713 400 Mark, für Togo auf 804 100 Mark, für Südwestafrika auf 7 540 000 Mark und für Neu-Guinea auf 732 000 Mark. Dem Etat sind drei Deutschfristen angehängt: 1. über die Verfertigung der kolonialbeamten hinsichtlich ihrer Verpflegung und derjenigen ihrer Hinterbliebenen; 2. über die Usambara-Eisenbahn und 3. über den Übergang der Landeshoheit über das Schutzgebiet der Neu-Guinea-Kompagnie auf das Reich.

Von Seiten der national-liberalen Fraktion sind weiterhin folgende Initiativanträge im Reichstag eingebracht worden: Antrag der Abg. Dr. Wankenheim, Dr. Deinhard und Dr. Bauche: Die verbundenen Regierungen zu ersuchen, möglichst bald dem Reichstag eine Novelle zu dem Gesetze vom 20. April 1892 betreffend den Verkehr mit Wein, weinähnlichen und weinähnlichen Getränken vorzulegen, durch welche ein wirksamer Schutz der Interessen des Weinbaues, des realen Weinhandels und der Konjunktur herbeigeführt, namentlich die gewerbmäßige Vertheilung sowie der gewerbmäßige Einkauf und Verkauf von Kunstwein verboten wird. Antrag der Abg. Dr. Bauche, Wankenheim und Wankenheim: Im Zolltarifgesetz die Bestimmung aufzunehmen: Betriebsstätten oder Teile von Betriebsstätten, welche unter ständiger Aufsicht der Zollbehörden ausschließlich für den Abzug im Ausland arbeiten, gelten in Bezug auf die von ihnen ausgeführten Rohstoffe, Halb- und Ganzfabrikate als Zollanland. Ueber die notwendigen Kontrollmaßregeln trifft der Bundesrath Bestimmung. Antrag des Abg. Münch-Kerber: Die verbundenen Regierungen zu ersuchen, auf dem Wege der Verordnung oder der Gesetzgebung baldmöglichst dafür zu sorgen, daß zur Veredelung zollfrei eingelassene reinfeinse Gewebe, die nach erfolgter Veredelung in eine unter Zollverschluss stehende Niederlage gebracht werden, zur Veredelung gelangen sollen nach dem bei der Veredelung sich ergebenden Gewicht; ferner, daß reinfeinse Gewebe, welche in einem von deutschen Weibeginntigungsrecht ausgeschlossenen Lande erzeugt und innerhalb des deutschen Zollgebietes veredelt worden sind, bei der Veredelung den vertragmäßigen Zollfällen unterliegen. Ferner haben die Abg. Dr. Bauche, Sieg und Genossen beantragt, die Regierung um baldige Aenderung der Vorschriften über die Art der Denaturierung des Zuckers zum Viehfutter und den Verkehr mit denaturiertem Zucker in dem Sinne zu ersuchen, daß eine wesentliche Erleichterung der Denaturierung und des Verkehrs herbeigeführt werde. Endlich erneuern die Abg. Dr. Bauche und Wankenheim den schon in der vorigen Session eingebrachten Antrag bezüglich der für die Ausfuhr von Weizen, Roggen u. s. w. auf den freien Verkehr des Inlandes zu gewährenden Einfuhrbeine.

Dem Reichstag ist eine Petition der Stadtgemeinde Spanbau wegen Erlass eines Reichsgesetzes betreffend die Heranziehung des Reichsfiskus zu den Gemeindefinanzlasten zugegangen. Im Stadtbezirk Spanbau liegt bekanntlich eine größere Anzahl militärtechnischer Institute, für welche, besonders was die darin beschäftigten Arbeiter betrifft, die Stadt viele Aufwendungen zu machen hat, ohne daß der Reichsfiskus diese Kosten tragen hilft. Darum hat der Magistrat im gleichen Sinne seit 1887 wiederholt petitionirt und auch dem Finanzminister v. Miquel entsprechende Vorstellungen gemacht; eine an den letzteren gefandene Petition ging abschlägig an den Kaiser, worauf am 18. Mai 1894 aus dem Ministerium des Inneren folgende vom Finanzminister mitunterzeichnete Antwort erfolgte: „Dem Magistrat eröffnen wir auf die an Seine Majestät den Kaiser und König gerichtete Petition vom 30. Juni d. J. betreffend die Veranlassung des Reichsfiskus zu den Gemeindefinanzlasten der und

ertheilten allerhöchsten Ermächtigung gemäß, daß wir in der Angelegenheit mit dem Herrn Reichskanzler in Verbindung getreten, die dieserhalb eingeleiteten Erörterungen jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt sind.“ Eine ähnliche Antwort ertheilte 1896 der Staatssekretär des Reichsschatzkanzlers.

Gestern trat die zweite Abtheilung des Börsen-Ausschusses für Waaren zusammen. Sie beschäftigte sich mit der Frage des Verbots des Terminhandels in Rammzug. Staatssekretär Nothe theilte mit, die bezüglichen Verhandlungen mit Frankreich und Belgien seien ergebnislos verlaufen. Der Vertreter von Sachjen erklärte, daß die sächsische Regierung schon im Jahre 1896 die Aufhebung des Terminhandels in Rammzug beim Bundesrath beantragt habe und daran festhalte. Kommerzienrath Dietel trat für die Aufhebung ein, für die sich der Ausschuss mit neun gegen 8 Stimmen aussprach. Der Reichstagsabgeordnete Frese hat dem Unterstaatssekretär erklärt, daß er es ablehnen müsse, das Gutachten der Minderheit zu erhalten. Bei der Abstimmung haben gefehlt die Herren Vater-Stettin, Groß-Augsburg und König-Berlin. Es ist übrigens nicht anzunehmen, daß der Beschluß anders ausgefallen wäre, wenn diese Herren anwesend gewesen wären.

Der spanische „Imparcial“ bestätigt die deutsch-spanischen Verhandlungen wegen Verkaufes der Karolinen.

Wie aus Paris gemeldet wird, rühmt die gesamte Presse Wilhofs Reichstagsrede und hebt die Anerkennung von der Festigkeit des Bundes hervor.

In Petersburg verlautet gerücheltweise, die Vertagung der Friedenskonferenz bis Mai sei beschloßen.

Im neuesten Gothaischen Hofkalender wird in der ersten Abtheilung, welche die Genealogie der europäischen Regenten enthält, das Haus Braunschweig-Lüneburg mit seinem Chef, dem Herzog von Cumberland, besonders aufgeführt, während es in früheren Jahren mit unter Großbritannien und Irland gestellt worden war. An sich könnte die Neuordnung völlig tadellos sein, denn der Hofkalender zählt noch die papiernen Titel und Wuchsanprüche von einem halben Dutzend und mehr ehemaliger Herrscherfamilien auf, ohne daß der ruhige Gang der Weltgeschichte darum auch nur um ein Ständchen verändert worden wäre. Es ist nur bemerkenswerth, daß die jetzige Eintragung in den Hofkalender gerade in dem Augenblick erfolgt, wo der Herzog von Cumberland und sein Sohn wieder mit ihren Ansprüchen auf die Erbfolge in Braunschweig in den Vordergrund getreten sind. Und vielleicht bezieht sich auch auf diese Veränderung mit die schon erwähnte mysteriöse Anspielung im Wortort zu dem Hofkalender, daß er schon oft genug Schlingens gegen unberechtigte Ansprüche Schutz gewährt habe. Der Titel eines Herzogs von Braunschweig und Lüneburg war von dem Herzoge von Cumberland übrigens unter Hinweis auf das von diesem nach dem Ableben des letzten Herzogs von Braunschweig an die Mächte und Höfe gerichtete Schreiben vom 11. Juli 1878 schon in den früheren Ausgaben des Hofkalenders beigelegt.

Ueber sozialdemokratischen Terrorismus gegen Arbeitswille berichtet die „Klerikale Welt“, Volzky, aus Charlottenburg:

Auf einem Ban in der Achenbachstraße 7 arbeiteten neben den Maurern auch 11 Steinträger, von denen 8 gar keiner Organisation, dagegen drei dem christlichen Verein „Arbeiterjugend“ angehörten. Anfang Dezember stellten nun im Einvernehmen mit der Lohnkommission der sozialdemokratischen Gewerkschaft der Maurer die auf dem Ban beschäftigten organisierten sozialdemokratischen Maurer an die genannten drei Mitglieder des Vereins „Arbeiterjugend“ die Frage, ob sie „reine Wäße“ hätten, d. h. ob sie einer sozialdemokratischen Gewerkschaft angehören, die Papiere herüber vorzeigen könnten und ob diese in Ordnung seien. Die drei Befragten antworteten, sie seien organisiert im „Arbeiterjugend“ und wiesen auch die diesbezüglichen Papiere, welche sich in Ordnung befanden, vor. Daraufhin hatten die „Genossen“ an dem Verein „Arbeiterjugend“ allerlei auszufragen, auch erkannten sie diesen Verein nicht an, vielmehr verlangten sie von den drei christlichen Arbeitern, sie müßten sich in die sozialdemokratischen Verbände für die Gewerkschaft aufnehmen lassen. Als diese wie auch die übrigen acht Steinträger ein solches Verlangen ablehnten, gaben ihnen die Genossen Bedenkzeit bis zum Dienstag, 6. Dezember. Als ihr Verlangen bis zu diesem Tage nicht erfüllt worden war, legten die auf dem genannten Ban beschäftigten sozialdemokratischen Maurer die Arbeit nieder und stellten an den Arbeitgeber das Verlangen, die 11 Steinträger zu entlassen, da sie mit denselben keine Stunde länger zusammenarbeiten würden. Der Baumeister sah sich, um den Fortgang der Arbeit nicht zu tören, gezwungen, das Verlangen der „Genossen“ zu erfüllen und die 11 Arbeiter sofort zu entlassen. Unter den 11 Entlassenen sind 10, die eine Familie mit mehreren Kindern zu ernähren haben.

Belgien.

Brüssel, 14. Dezember. Das Gerücht von der Niederkriegung von vier Belgiern am oberen Skongo findet durch den heute früh in Brüssel eingetroffenen Bericht des Gouverneurs Juchs Bestätigung. Die Agenten Dabard und Offiels wurden im Anfang des Oktober in Dumba Sana von dem Stamme der Nuba überfallen. Die beiden Weizen und 30 Soldaten, welche sie begleiteten, wurden getödtet. Eine Abtheilung von 40 Schwarzen, welche nach dem Thore entwand und von den Weizen Geulmans und Kessels befehligt wurde, wurde ebenfalls überfallen und niedergemacht. Die beiden Weizen, welche bei dem Zusammenstoße getödtet wurden, wurden von den Aufrehrern gefressen.

Frankreich.

Paris, 14. Dezember. Die Blätter berichten über folgenden Vorgang in Vignon: Zwei Offiziere, der Hauptmann Pasquier und der Lieutenant Ribault, sowie zwei Unteroffiziere seien neulich bestraft worden, und General Grasset habe ihre Strafe verdoppelt, weil sie einem Festmahl der Freimaurerlogge beigewohnt hätten.

Hauptmann Pasquier ist Mitglied des Rathes des Großorients von Frankreich, und durch das Festmahl sollte seine Wiederwahl gefeiert werden. Der Abgeordnete Migeol und andere Abgeordnete wollen nun den Kriegsminister de Freycinet an die Erklärung erinnern, die er 1889 in Beantwortung einer Interpellation abgab, nachdem der General Riv mit einem Monat Arrest bestraft worden war, weil er in derloge Justice das Wort ergriffen hatte. Aus der damaligen Erklärung Freycinets geht hervor, daß es Offiziere und Soldaten nicht verboten ist, an den Verhandlungen der Freimaurer theilzunehmen, ebenso wie es katholischen Mitgliedern nicht untersagt werden kann, den Kongregationen beizuwohnen. Das Mähl in Vignon hatte zudem einen rein privaten Charakter. Die Sache gewinnt dadurch politische Bedeutung, weil man andererseits neuerdings der Armee den Vorwurf gemacht hat, daß sie liberalen Einflüssen unterliege.

Italien.

Rom, 14. Dezember. Crispi veröffentlicht in der „Rivista Italia“ eine Studie über die Frage des Schutzes der Christen im Orient. Der Berliner Vertrag habe dieses Schutzes auf bestimmte Fälle beschränkt. Die alten Privilegien Frankreichs könnten sich nur auf den Schutz der christlichen Unterthanen des Sultans beziehen. Frankreich habe auf dem Wege der Propaganda seinen Einfluß im Orient über Gebühr erweitert und den Vatikan in seinen Ansprüchen gezwungen. Die meisten katholischen Missionen im Orient besäßen aus Franzosen und dienen nicht der Religion, sondern den Interessen Frankreichs. Die Kaiserreise habe diesen Uebelstand beendet, aber auch den Keim zu neuen Verwicklungen gelegt.

England.

London, 14. Dezember. Die Offiziere des von der britischen Behörde in Weihaiwei zu bildenden chinesischen Regiments reisen heute von London nach Weihaiwei ab. Das Regiment in Stärke von 1000 Mann wird in der Provinz Schantung angeworben und wird den Namen „Erstes chinesisches Regiment“ tragen.

Arbeiterbewegung.

In Krefeld ist mit den Arbeitern der Seidenstofffabrik von Engländer durch Zukunftsänderung einer Vorknappung eine Einigung erzielt worden, so daß heute die Arbeit in allen Fabriken wieder aufgenommen werden wird.

Provinzialausschuss von Pommern.

In den Sitzungen des Provinzialausschusses von Pommern, die am 7. und 8. d. M. unter dem Vorstehe des Landes-Direktors A. D. Dr. Frhen. v. d. Goltz stattgefunden haben, wurden gewählt an Stelle des verstorbenen Amtsgutsbesizers Fräulein auf Sped der Rittergutsbesitzer v. Schwerin auf Hohenbrünzow und an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Brandenburg zu Straßburg der Polizeidirektor Witte daselbst zu stellvertretenden Mitgliedern des Bezirksausschusses für die Regierungsbezirke Stettin und Straßburg; ferner zum Mitgliede des Statutums der Königin-Wilhelms-Stiftung zu Straßburg an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Brandenburg der erste Bürgermeister Gnom daselbst; — zum Mitgliede der Einkommensteuer-Versteuungskommission für den Regierungsbezirk Köslin an Stelle des Grafen Ritterberg-Balfanz der Rittergutsbesitzer von Schmitz auf Draheim; — zum Mitgliede des Provinzialraths an Stelle des verstorbenen General-Landtagsdirektors v. d. Dien-Blumberg der kaiserliche Wirkliche Geheim Rath Freiherr von Malsbain-Güly; — zum stellvertretenden Mitgliede des Provinzialraths an Stelle des ausgeschiedenen Grafen v. Solms-Niedelheim auf Althagen der Graf v. Behr auf Behrenhoff; — zum Mitgliede des Marienstifts-Statutums an Stelle des verstorbenen General-Landtagsdirektors von der Osten-Blumberg der Kammerherr von der Osten auf Schloß Penkun. — Bei der Neuwahl der Mitglieder und Stellvertreter des Ausschusses für die Gewerbesteuerklasse I, deren Wahlperiode mit Ende d. J. abläuft, wurden die bisherigen Personen wieder und der Kaufmann Wintelfeffer zu Stettin und der Direktor Fiebold zu Züllow, an Stelle ausgeschiedener Mitglieder, neu gewählt. — Von den gefaßten Beschlüssen ist Folgendes zu erwähnen:

Der Hauptverwaltungsbericht für die Zeit vom 1. April 1897 bis Ende März 1898 wurde in der vorgelegten Fassung festgelegt.

Dem Provinzial-Landtage soll empfohlen werden, in den Etat für 1899—1900: 1. eine einmalige Beihilfe zur Errichtung einer Sanatoriums- und Kranken-Anstalt in der Provinz von 10 000 Mark, 2. an laufenden jährlichen Beihilfen und zwar: a) zur Förderung der Wanderlehrerbildung 3000 Mark, b) zur Hebung der Rindviehzucht 10 000 Mark, c) zur Hebung der Pferdezahl 5000 Mark für die Landwirtschaftskammer der Provinz Pommern einzustellen. An Beihilfen zu den Kosten der Armenpflege wurden an zwei Ortsarmenverbände Beihilfen im Betrage von 72 und 54 Mark für 1898—99 bewilligt. Das ehemalige Stadenbentenshaus der Provinzial-Korrekptions- und Andarmen-Anstalt zu Nedermünde soll an die dortige Provinzial-Irren-Anstalt überwiesen werden. Der Umbau des selben wurde nach dem vorgelegten, mit 7600 Mark abschließenden Kostenantrage genehmigt. Die Anstellung des Dr. Tomajchmy aus Greifswald als Volontärarzt an der Provinzial-Irren-Anstalt zu Lauenburg vom 1. August d. J. ab wurde nachträglich genehmigt. Der Assistenzarzt der Provinzial-Irren-Anstalt bei Nedermünde Dr. Geim wird vom 1. November d. J. ab unter Beförderung zum Oberarzt an die Irren-Anstalt zu Lauenburg versetzt. — Der Volontärarzt der Irren-Anstalt bei Nedermünde Dr. Borgorte wird vom 1. November d. J. ab zum Assistenzarzt an dieser Anstalt ernannt.

Der Provinzial-Ausschuss erklärte seine Beileidigkeit, dem Provinzial-Landtage die Abschluß eines Vertrages mit der Universität Greifswald betreffend die Benutzung einer neu zu errichtenden Universitäts-Irren-Klinik unter folgenden Bedingungen zu empfehlen: 1. dem Provinzialverbande werden in der Klinik 100

Betten zur Unterbringung von Geisteskranken zur Verfügung gestellt, welche seiner Fürsorge anheimgefallen sind. Die Kranken brauchen nicht heilbar zu sein, müssen sich aber für die Lehrzwecke der Klinik eignen; 2. der Provinzialverband zahlt für jeden Kranken ein Pflegegeld von 500 Mark jährlich oder 1,40 Mark täglich. Der Landeshaupmann wird ermächtigt, einen vorläufigen Vertrag mit der Universität Greifswald bezug dem Staate zu vereinbaren. Der Antrag der Stadtgemeinde Pollnow auf Bewilligung einer Beihilfe für eine bereits beschaffte Feuerspritze wurde abgelehnt. Das am 4. November d. J. ausgeloste wirtliche Mitglied des Kreisverbandes für die Pommerische Feuerwehr-Unfall-Unterstützungskasse, der Bürgermeister von Nau-gard, wurde wiedergewählt; ebenso das ausgeloste stellvertretende Mitglied, der älteste Beigeordnete von Nau-gard. Der Provinzialausschuss nimmt Kenntnis von den bisherigen Verhandlungen wegen gemeinschaftlicher Uebernahme der Versicherung der Kornlagerhäuser seitens der Pommerischen Feuer-Sozietät und anderer Gesellschaften und erklärt sich mit den aufgestellten Grundbüssen einverstanden.

Dem Provinzial-Landtage soll vorgeschlagen werden, den zwischen dem neu gebildeten Stadtkreis Stolp und dem Landkreis Stolp vereinbarten Nachtrag zu dem zwischen dem Provinzialverbande und dem früheren Kreise Stolp abgeschlossenen Vertrage betreffs Unterhaltung der im Kreise Stolp befindlichen Provinzialschulfen zu genehmigen.

Die Gewährung einer Beihilfe zur Herstellung einer Brücke zwischen Düßin und Schardow, Kammerer Kreises, wird abgelehnt.

Im Jahre 1899 sollen die in den streifen Amtsam und Uedom-Pollin mit Provinzialbeihilfen ausgeführten Chausseebauten befristet werden.

An zweiten und folgenden Raten werden zu den Chausse- und Wegebauten des Vorjahres 221 320 Mark und für Neubauten der Betrag von 107 827 Mark bewilligt, sobald durch den Etat für 1899—1900 die erforderlichen Mittel bereit gestellt sind.

Dem Kreise Franzburg wird zum Bau einer Fähr-Anlage im Jünger Strom bei Timmenort eine Beihilfe von 25 Prozent der Anschlagskosten bis zum Höchstbetrage von 2975 Mark bewilligt.

Der Landeshauptmann wird ermächtigt, den Provinzialverband bei der Gründung der Eisenbahngesellschaft Straßburg-Trübsen zu vertreten und für den Provinzialverband 100 000 Mark Vorzugsaktien und 100 000 Mark Stammaktien zu zeichnen.

Bei dem Provinzial-Landtage soll die Zustimmung einer fortlaufenden witterungsfähigen Unterstützung von jährlich 585 Mark an den früheren Beirtheiler der Provinzial-Kindenanstalten zu Neu-Tornen, Leiter Jod, beantragt werden. — Der Bureau-Diatar Bachhof wird vom 1. Oktober d. J. ab als Inspektor und Neubau der Provinzial-Kindenanstalten zu Neu-Tornen angestellt.

Zur Beschaffung einer Nähmaschine für ein taubstummendes Mädchen wird eine Beihilfe von 29 Mark bewilligt.

Aus den Mitteln der Provinzial-Hilfskasse von Pommern werden an 11 Antragsteller zum 2. Januar 1899: 28 610 Mark, an 12 Antragsteller zum 1. Juli 1899: 66 590 Mark und an einen Antragsteller zum 2. Januar 1900: 3200 Mark als Darlehen bewilligt.

Aus dem Meliorationsfonds der Provinz Pommern werden 15 Darlehensjuden 266 580 Mark und aus dem Meliorationsfonds 9 Darlehensjuden 162 100 Mark gewährt.

Sowohl für den Pferde- als auch für den Viehverversicherungsfonds wird von einer Ausschreibung von Beiträgen für das Rechnungsjahr 1899—1900 Abstand genommen.

Das Pflegegeld für die in der Zweiganstalt Warlow untergebrachten Zwangsjügelinge wird vom 1. April 1899 ab auf zwei Jahre unter der Voraussetzung auf 450 Mark für das Jahr erhöht, daß dieser Pflegegeld auch für die von anderer Seite in Warlow untergebrachten Jügelinge gezahlt wird.

Für die Wiederherstellung der alten Wandgemälde in der Kirche zu Behrenhoff, Greifswalder Kreises, soll ein Betrag von 1800 Mark unter der Bedingung gewährt werden, daß seitens des Staates eine gleiche Beihilfe bewilligt wird.

Dem Provinzial-Landtage soll vorgeschlagen werden:

1. zur Unterhaltung der in Stettin zu errichtenden Maschinenbauschule der Stadt Stettin eine jährliche Beihilfe bis zur Hälfte des von dieser zu leistenden Zuschusses zu den Unterhaltungskosten — jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 6000 Mark;
2. zur Unterhaltung der hieselbst zu errichtenden Fachschule für Seemannsschiffsmaschinen der Stadt Stettin eine jährliche Beihilfe bis zur Hälfte des von dieser zu leistenden Zuschusses zu den Unterhaltungskosten — jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 1500 Mark zu bewilligen.

Ebenso soll dem Provinzial-Landtage vorgeschlagen werden, sich an der durch die Stadt Stettin zu 50 Prozent übernommenen Garantie der Dedung der Kosten für Betrieb, Verwaltung und Unterhaltung des neu zu erbauenden Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin (sogenannte Westlinie) und für die Verzinzung und Tilgung eines Theiles des vom Staate aufzuwendenden Baarkapitals — mit 10 Prozent der von Stettin jährlich zu zahlenden Beträge — jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 10 000 Mark jährlich zu belästigen.

Die Gewährung einer Beihilfe zum Ausbau der Michaelskirche in Körlin a. Per. wurde abgelehnt.

Dem Provinzial-Landtage soll vorgeschlagen werden, für die Landwirtschaftliche Wirtshaus in Demmin für das Etatsjahr 1898—99 eine Beihilfe von 1500 Mark zu bewilligen; ebenso für die Restauration des Grabmaltes Herzog Barnims VI. von Pommern, zur Wiederherstellung eines Fresco-Gemäldes und zur Restauration des Kunstgildeswerkes in der Kirche zu Krenz, Kreis Franzburg, eine Beihilfe von 1500 Mark unter der Bedingung zu gewähren, daß der Staat zu diesem Zwecke eine Beihilfe in gleicher Höhe bewilligt.

